



Der Einfluss der veränderten Ost-West-Beziehungen nach der Wende in Europa auf die ökumenischen Nord-Süd-Beziehungen

VON KONRAD RAISER*

Die Wende in Europa hat die ökumenische Bewegung tief greifend beeinflusst und verändert. Viele dieser Veränderungen sind noch im Fluss, sodass es auch 15 Jahre nach den Ereignissen der Wende nicht leicht ist, eine Folgenabschätzung vorzunehmen. Der in Gang gekommene Prozess der Reflexion über eine „Neugestaltung der ökumenischen Bewegung“ ist jedoch wenigstens teilweise durch diese Veränderungen angestoßen worden, sodass es nahe liegt, wenigstens den Versuch einer Einschätzung zu machen.

I.

Um eine sachgerechte Perspektive zu gewinnen, ist es notwendig, zunächst einen Blick auf die Verhältnisse vor der Wende in Europa zu werfen. Die späten sechziger Jahre des letzten Jahrhunderts sind oft als die Zeit eines ökumenischen Perspektivenwechsels beschrieben worden. Mit der Genfer Konferenz 1966 und der nachfolgenden Vollversammlung des Ökumenischen Rates in Uppsala 1968 rückte der Nord-Süd-Konflikt ins Zentrum der ökumenischen Agenda. Das ökumenische Engagement für soziale und wirtschaftliche Entwicklung der unabhängig gewordenen, ehemaligen Kolonialgebiete im Süden und das Antirassismus-Programm des ÖRK sind die Symbole für diesen Perspektivenwechsel. Zunehmend traten die neuen Herausforderungen der Einheit der menschlichen Gemeinschaft neben die klassische Zielvorstellung von der Einheit der Kirche.

* Prof. Dr. Konrad Raiser war von 1993 bis 2003 Generalsekretär des Ökumenischen Rates der Kirchen und ist Mitherausgeber der Ökumenischen Rundschau.

Der Perspektivenwechsel provozierte freilich auch kritische Anfragen und Einwände. Die orthodoxen Patriarchate von Konstantinopel und Moskau äußerten Vorbehalte und Kritik in ihren Grußbotschaften zum 25-jährigen Jubiläum des ÖRK 1973. Die römisch-katholische Kirche, die sich nach dem II. Vatikanischen Konzil auf aktive Mitarbeit in der ökumenischen Bewegung eingelassen hatte, äußerte kritische Einwände gegen den sog. „Säkularökumenismus“ und begann, sich aus der konkreten Zusammenarbeit mit dem ÖRK zurückzuziehen – mit Ausnahme der Kommission für Glauben und Kirchenverfassung – und ihr Engagement auf die theologischen Lehrgespräche mit den konfessionellen Weltgemeinschaften zu verlegen.

Im protestantischen Umfeld gab es Kritik an der vermeintlich einseitigen politischen Parteinahme der ökumenischen Organisationen zu Gunsten der Interessen der südlichen Länder. Dazu kam eine wachsende Entfremdung von den konservativ-evangelikalen Kreisen und Gruppierungen wegen der Verlagerung des Schwerpunktes von Mission und Evangelisation auf Entwicklung und Befreiung.

Trotz dieser, zum Teil heftigen Kritik kann kein Zweifel sein, dass der Perspektivenwechsel einen nachhaltigen Einfluss auf die Gestaltung der ökumenischen Bewegung hatte, vor allem im Vergleich zur Periode der beiden ersten Jahrzehnte nach dem Krieg, in denen eindeutig der Ost-West-Konflikt im Vordergrund stand. Zwar begleitete die ökumenische Bewegung aktiv den Prozess der Entspannung in Europa sowie die Verhandlungen und Folgen der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE). Aber die sich seit Ende der siebziger Jahre (Solidarnoscz, Charta 77 etc.) abzeichnenden Veränderungen in Osteuropa traten zurück hinter den Konflikten im südlichen Afrika, in Lateinamerika und in Nordost-Asien. Das schlug sich nieder in der Behandlung des Menschenrechtsproblems, insbesondere der Frage der Religionsfreiheit.

Umgekehrt wird im Rückblick deutlich, dass sich der Perspektivenwechsel nachhaltig auf die Strukturen und Arbeitsformen der ökumenischen Bewegung auswirkte. Die konfessionellen Weltgemeinschaften und die regionalen ökumenischen Organisationen gewannen in dieser Zeit eigenständige Bedeutung als ökumenische Partner. Die spezialisierten ökumenischen Entwicklungsorganisationen wie KED, EZE, ICCO u.a. kamen neu ins Spiel und übernahmen immer stärker den Großteil des gewachsenen Finanzbedarfs der ökumenischen Einrichtungen weltweit. Schließlich fällt in diese Zeit vor der Wende die Entstehung des Netzwerkes von Gruppen, Organisationen und Initiativen der Basisökumene, die sich im konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöp-

fung nachdrücklich zu Wort meldeten. In einer gewissen Konkurrenz dazu konzentrierte sich das Interesse der kirchen-offiziellen Ökumene zunehmend auf die bilateralen theologischen Dialoge, verbunden mit einer Neuerschätzung konfessioneller Identität.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass sich die Gestalt der ökumenischen Bewegung als Folge der Veränderungen in den drei Jahrzehnten bis zur Wende grundlegend gewandelt hatte: sie war gesamt-christlich geworden, d.h. schloss nun auch die orthodoxen und die römisch-katholische Kirche ein, sie war nun weltweit und nicht länger dominiert von der Situation der Kirchen im Norden, und sie hatte sich zu einem Netzwerk von unterschiedlichen Partnern mit jeweils eigener Zielsetzung und Arbeitsweise entwickelt. Der ÖRK war nicht länger unbestritten das „privilegierte Instrument“ der ökumenischen Bewegung, auch wenn er nach wie vor als ihr zentrales Symbol angesehen wurde.

II.

Die Wende in Europa schuf eine neue Situation und brachte zugleich die Problematik der vorangegangenen Veränderungen zum Bewusstsein. Sie führte politisch zum Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums und damit zugleich zum Ende der bi-polaren Machtkonfrontation des Kalten Krieges, die nicht allein in Europa, sondern in weiten Teilen der Welt die politischen Verhältnisse bestimmt hatte. Zahlreiche Stellvertreter-Konflikte in Afrika und Lateinamerika, die mit direkter oder indirekter Unterstützung des östlichen oder des westlichen Machtblocks ausgetragen worden waren, fanden ein Ende. Befreiungsbewegungen, deren Kampf profitiert hatte von der System-Konkurrenz, wandelten sich zu politischen Parteien und wurden eingebunden in den Prozess des gesellschaftlichen Neuaufbaus. Für eine kurze Zeit gab es die Hoffnung auf eine neue Ära des Friedens.

Gleichzeitig jedoch wurden durch den Zerfall des sowjetischen Imperiums, und der Auflösung der Sowjetunion selbst, ältere nationale und ethnische Gegensätze neu belebt, die in den Jahrzehnten sowjetischer Herrschaft und Kontrolle unterdrückt worden waren. Die nach dem Ende des Habsburgischen und des Osmanischen Reiches sowie dem Rückzug der britischen Kolonialmacht auf dem Balkan, im Kaukasus und im Nahen Osten gezogenen Grenzen und neu gebildeten Nationalstaaten erwiesen sich als brüchig, da sie ältere ethnisch-nationale Bindungen verkannt hatten. Der Zerfall der früheren Bundesrepublik Jugoslawien, die Konflikte in Tschetschenien und zwischen Armenien und Aserbeidschan brachten die

Erfahrungen von Krieg, Vertreibung und massiver Zerstörung der gesellschaftlichen Infrastruktur zurück nach Europa und eröffneten die tragische Serie von ethnisch-nationalen Konflikten und Bürgerkriegen, oft verbunden mit religiösen Gegensätzen.

Die Neuordnung Europas nach der Wende folgte weitgehend dem Modell der Erweiterung der vorhandenen, westlich dominierten Strukturen nach Osten. Die rasche Umstellung auf marktwirtschaftliche Prinzipien und Verfahren hatte enorme soziale Auswirkungen in den betroffenen Ländern. Zugleich jedoch wuchs die Anziehungskraft des europäischen Modells, auch für Migranten und Flüchtlinge aus den verarmten Regionen des Südens. Die Staaten der EU errichteten immer höhere Barrieren für die Aufnahme von Flüchtlingen und Migranten; so entstand das hässliche Bild von der „Festung Europa“.

Der in den siebziger Jahren entstandene neue Rahmen für die Ost-West-Beziehungen in Gestalt der OSZE wurde, abgesehen von den erfolgreichen Abrüstungsverhandlungen, weitgehend marginalisiert. Im europäisch-asiatischen Raum der ehemaligen Sowjetunion entstand der lockere Verbund der Gemeinschaft unabhängiger Staaten (GUS), aber die europäische Einigung schließt bislang das orthodox geprägte östliche Europa aus. Zwar gibt es strukturierte Partnerschaftsbeziehungen zwischen der EU und der Russischen Föderation und mit der eventuellen Aufnahme Rumäniens und Bulgariens in die EU mag sich eine neue Situation ergeben. Jedenfalls bleibt die Gestaltung der Beziehungen zum russisch dominierten östlichen Europa eine wichtige Zukunftsaufgabe, wie das Beispiel von Weißrussland und der Ukraine als neuen Nachbarn der erweiterten EU zeigt.

III.

Für die Kirchen in Europa hatte die Wende einschneidende Folgen. Die Kirchen in Ost-Europa, die in unterschiedlichem Maße von den Jahrzehnten kommunistischer Herrschaft geprägt waren, mussten ihren Ort in der Gesellschaft neu bestimmen. Auseinandersetzungen um politisch kompromittierte Kirchenleitungen, die notwendige Neuordnung der rechtlichen Beziehungen von Kirchen und Staat, die Verhandlungen über die Rückgabe enteigneten kirchlichen Besitzes, sowie der Aufbau von neuen Gemeinden, von Seminaren und gesellschaftsbezogenen Diensten absorbierten alle Kräfte. Der Versuch der großen Kirchen, wie der römisch-katholischen Kirche in Polen und der orthodoxen Kirchen in Russland, Rumänien und Bulgarien, ihre frühere

dominante Position in der Gesellschaft zurückzugewinnen, traf zunehmend auf den Widerstand einer weitgehend säkularisierten Gesellschaft.

Die ökumenischen Beziehungen zwischen Ost und West in Europa wurden belastet durch die Ungleichzeitigkeit der Erfahrungssituationen. Die katholische Vorstellung einer Neu-Evangelisierung Europas, wie auch die westlich-protestantischen, oft evangelikal geprägten Missionsanstrengungen in Ost-Europa, weckten Abwehrreaktionen gegen einen vermeintlichen Proselytismus. Vor allem in den orthodoxen Kirchen meldeten sich konservativ-traditionalistische Kreise zu Wort, für die die ganze ökumenische Bewegung eine Bedrohung, wenn nicht sogar Exponent und Einfallstor für gefährliche Häresien war. Die deutliche Distanz der russischen und serbischen Orthodoxen Kirchen, sowie der Austritt der Georgischen und Bulgarischen Orthodoxen Kirchen aus den ökumenischen Organisationen waren die Folge.

Die europäischen ökumenischen Versammlungen von Basel, Graz und Hermannstadt (2007) waren und sind der Versuch, Europa als einen eigenständigen ökumenischen Raum neu zu gestalten. Die Charta Oecumenica von 2001 bietet hierfür einen gemeinsamen Rahmen, aber es wird noch lange Zeit dauern, bis die Nachwirkungen der jahrzehntelangen Ost-West-Spaltung in Europa überwunden sind. An die Stelle des früheren ideologischen und machtpolitischen Gegensatzes tritt nun wieder verstärkt der kulturell-religiöse Gegensatz zwischen dem westlichen, von den Folgen der Aufklärung, den Erfahrungen freiheitlicher Demokratie und einer pluralen Gesellschaftsordnung bestimmten Europa und dem östlichen, orthodox geprägten Europa, das seine Identität durch den Rückgriff auf alte kulturelle und religiöse Traditionen neu zu bestimmen sucht. Der Gegensatz wird zur Zeit vor allem von der Russisch-Orthodoxen Kirche bewusst zugespitzt mit der Folge von großen Kommunikationsschwierigkeiten für die ökumenische Bewegung, die ihre geistige Verwurzelung in den Erfahrungen der westlichen Kirchen nicht leugnen will und kann.

IV.

Nach diesem, unvermeidlich holzschnittartigen, Überblick über die veränderten Ost-West-Beziehungen nach der Wende in Europa soll nun noch versucht werden, die Auswirkungen auf die ökumenischen Nord-Süd-Beziehungen zu charakterisieren.

Eine *erste* Beobachtung betrifft die veränderte wechselseitige Wahrnehmung der ökumenischen Partner im Norden und im Süden. Für die nörd-

lichen Kirchen, vor allem in Europa (Ost und West), bedeutete die Wende mit ihren Folgen, dass der Stellenwert der Nord-Süd-Beziehungen zurücktrat hinter den Aufgaben der Neugestaltung des ökumenischen Raumes in Europa. Die Themen und Herausforderungen der Mission in einem säkularisierten Europa, der friedlichen Konfliktbearbeitung und Versöhnung und des Umgangs mit religiöser und kultureller Pluralität gewannen höhere Priorität als die Forderungen weltweiter ökumenischer Solidarität und Gerechtigkeit. So wichtig die Charta Oecumenica für die Zusammenarbeit der Kirchen in Europa sein mag, so bezeichnend ist zugleich, dass die Rolle Europas in den ökumenischen Nord-Süd-Beziehungen nur am Rande in Abschnitt 7 der Charta erwähnt wird, mit dem Hinweis auf die Gefahr des Eurozentrismus und der Notwendigkeit, das Bewusstsein für Europas Verantwortung für die ganze Menschheit, besonders für die Armen in der ganzen Welt zu stärken.

Die Kirchen des Südens waren auf die Wende in Europa noch weniger vorbereitet als die Kirchen des Nordens. Ihre Sicht der Nord-Süd-Beziehungen war geprägt einerseits von dem Bemühen, sich aus alten Abhängigkeiten zu befreien und ihre eigene Stimme zu Gehör zu bringen, sowie andererseits den Erwartungen an ökumenische Solidaritätsbereitschaft, vor allem in Form materieller Unterstützung durch die reichen Kirchen des Nordens. In ihrem Verständnis ökumenischer Prioritäten hatte Europa als eigenständiger ökumenischer Raum mit seinen neuen, sehr spezifischen Herausforderungen keinen wirklichen Platz. Sie waren und sind auf die z.T. dramatischen Überlebensprobleme in ihren eigenen Ländern konzentriert und haben Mühe, oder sind schlicht nicht bereit, sich hinein zu versetzen in die Situation der Kirchen des Nordens, die noch immer mit dem nachwirkenden Erbe der alten Ost-West-Spaltung kämpfen.

Das führt zur *zweiten* Beobachtung: Die Voraussetzungen und Bedingungen ökumenischer Kooperation und Solidarität im Nord-Süd-Verhältnis müssen in der veränderten Situation neu ausgehandelt werden. Eine der Folgen der Wende in Europa war die rasante Ausbreitung der wirtschaftlichen und finanziellen Globalisierung. Ihre Folgen in Gestalt der Konzentration wirtschaftlicher und finanzieller Macht in immer weniger Händen, dem rapiden Anwachsen der Schere zwischen Arm und Reich, der zunehmenden Marginalisierung ganzer Bevölkerungsgruppen und der Aushöhlung der Steuerungsmacht nationaler Regierungen und multilateraler, zwischenstaatlicher internationaler Organisationen, vor allem der Vereinten Nationen, haben inzwischen alle Teile der Welt erreicht. Die Globalisierung hat die alte Einteilung in erste, zweite und dritte Welt und auch

den klassischen Nord-Süd-Gegensatz obsolet gemacht. Zwar gibt es Gewinner der Globalisierung, aber sie finden sich nicht allein im Norden, sondern zunehmend auch im Süden; und auch die Verlierer, obwohl mehrheitlich im Süden, finden sich inzwischen auch im Norden.

Die Frage, wie auf die Globalisierung reagiert werden kann und soll, belastet zunehmend die ökumenischen Nord-Süd-Beziehungen, Dies zeigte sich bereits bei der Erlassjahrkampagne zur Frage der Verschuldungskrise und kam deutlich zum Ausdruck in den Reaktionen auf den ökumenischen Reflexions- und Aktionsprozess über Alternativen zur Globalisierung, besonders den Beschlüssen der Vollversammlung des Reformierten Weltbundes in Accra im August 2004. Die Kirchen des Südens sehen sehr konkret die zerstörerischen Folgen der Globalisierung und agieren vor allem als Anwälte der Opfer. Die Kirchen des Nordens sehen sich gefordert, gangbare politische Alternativen zu erkunden und neben schmerzlichen Reformen auch im eigenen Umfeld vor allem eine größere Selbstverantwortung von Kirchen, Regierungen und Gesellschaften des Südens anzumahnen. Die moralisch begründete, selbstverständliche Solidarität des Nordens mit dem Süden ist nicht mehr gegeben. Die Beziehungen müssen jeweils neu ausgehandelt werden, wobei die Interessenunterschiede deutlich zu Tage treten und die Kommunikation erschweren.

V.

Dies führt uns schließlich noch einmal zurück zu der Frage nach einer möglichen neuen Gestalt der ökumenischen Bewegung, um angemessen auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren zu können. Die intensiven Diskussionen im Umfeld der Vereinten Nationen und in internationalen Expertenkommissionen weisen alle darauf hin, dass das entscheidende Problem der Mangel an wirksamer politischer Regelung und Steuerung des Globalisierungsprozesses ist. Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung haben zu einer gnadenlosen Wettbewerbsgesellschaft geführt, die inzwischen die Funktions- und Lebensfähigkeit der gesellschaftlichen und politischen Ordnung gefährdet. Demgegenüber käme es darauf an, die Werte von Verantwortlichkeit, Rechenschaftspflichtigkeit und die Bereitschaft zur Kooperation wieder zu stärken und in ihr Recht einzusetzen.

Hier ist der Ansatzpunkt für eine ökumenische Strategie als Antwort auf die Globalisierung. Die ökumenische Bewegung hat seit ihren Anfängen auf Kooperation und die Stärkung von Beziehungen zwischen den Kirchen und in der menschlichen Gemeinschaft gesetzt. Der ÖRK hat bei der

letzten Vollversammlung in Harare (1998) den Artikel III seiner Verfassung über „Ziele und Funktionen“ des Rates geändert, um dieser Verantwortung besser gerecht werden zu können. Dort heißt es: „Zur Stärkung der einen ökumenischen Bewegung wird der Rat

- Beziehungen zu und unter den Kirchen pflegen ...;
- Beziehungen zu nationalen Räten, regionalen Kirchenkonferenzen ... aufnehmen und aufrechterhalten;
- ökumenische Initiativen ... unterstützen;
- die Vernetzung ökumenischer Organisationen erleichtern; (und)
- auf den Zusammenhalt der einen ökumenischen Bewegung in ihren vielfältigen Ausdrucksformen hinarbeiten.“

Der gegenwärtige Zustand der ökumenischen Bewegung nötigt nach Überzeugung des ÖRK zum Nachdenken über eine Neugestaltung der ökumenischen Bewegung. Die Globalisierung hat deutlich erkennbare Auswirkungen für die ökumenische Bewegung. Das Denken in den Kategorien des Wettbewerbs drängt die ökumenischen Partner dazu, ihr jeweils eigenes Profil zu stärken statt kooperative Strukturen aufzubauen. Wir erleben bei den Kirchen eine Zunahme des Denominationalismus und unter den spezialisierten Einrichtungen für ökumenische Zusammenarbeit eine Verstärkung bilateraler, auf nachprüfbare Effektivität ausgerichteter Programme. Medienwirksame Einsätze der Katastrophenhilfe haben häufig Vorrang vor Programmen der langfristigen Entwicklungsförderung. Die Konfessionellen Weltgemeinschaften und die regionalen ökumenischen Organisationen zögern im Blick auf Vereinbarungen für verbindliche Kooperation und Arbeitsteilung mit anderen ökumenischen Partnern und sind mehr an der Pflege ihres eigenen Profils interessiert. Dieser Prozess der funktionalen Differenzierung und Fragmentierung innerhalb der ökumenischen Bewegung wird zunehmen und die Bewegung insgesamt schwächen, wenn ihm nicht gegengesteuert wird mit dem Ziel, mehr Kohärenz und Bereitschaft zu wechselseitiger Verantwortung zu erreichen.